

Norbert Lammert



UNSER STAAT.  
UNSERE GESCHICHTE.  
UNSERE KULTUR.

*Verantwortung für  
Vergangenheit und Zukunft*

**HERDER**

Norbert Lammert

Unser Staat. Unsere Geschichte. Unsere Kultur.

## Das Buch

»Deutschland und Europa: Das sind schon lange keine Gegensätze mehr. Es sind zwei Betrachtungen des gleichen Sachverhalts. Wir sind deutsche Europäer, der Zusammenführung Europas nicht weniger verpflichtet als der Einheit unseres Landes. Das eine erscheint uns heute – gut zwei Jahrzehnte nach den umwälzenden Ereignissen – noch selbstverständlicher als das andere. Der Zusammenhang ist aber nicht nur von historischem Interesse, sondern auch von aktueller politischer Bedeutung. Die Weiterentwicklung Europas liegt im deutschen Interesse. Das ist im Allgemeinen kaum umstritten, im Alltag aber durchaus nicht immer präsent.«

Norbert Lammert

## Der Autor

Norbert Lammert, geboren 1948 in Bochum, ist seit 1980 Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 1989-1998 war er Parlamentarischer Staatssekretär, seit 2002 Mitglied des CDU-Präsidiums. Von 2005 bis 2017 war Lammert Präsident des Deutschen Bundestages. Er ist verheiratet und hat vier Kinder.

Norbert Lammert

Unser Staat.  
Unsere Geschichte.  
Unsere Kultur.

Verantwortung für  
Vergangenheit und Zukunft



FREIBURG · BASEL · WIEN

HERDER spektrum Band 6898



MIX  
Papier aus verantwortungsvollen Quellen  
FSC® C083411

Taschenbuch der erweiterten Neuausgabe 2017  
Erweiterte Neuausgabe 2015  
Bisheriger Titel: Einigkeit. Und Recht. Und Freiheit.  
20 Blicke auf unser Land  
© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2010  
Alle Rechte vorbehalten  
www.herder.de

Zitat S. 74

Textauszug aus: Imre Kertész, Die exilierte Sprache. Essays und Reden  
(Originaltitel: A SZÁMUZÖTT NYELV)

© 1998, 2003 by Imre Kertész

© 1999 by Rowohlt Taschenbuchverlag, Reinbek bei Hamburg

Umschlaggestaltung: Chris Langohr Design  
Umschlagmotiv: © Ullstein bild – Martin Lengemann  
© Günter Menzl – Fotolia

Satz: Barbara Herrmann, Freiburg  
Herstellung: CPI books GmbH, Leck

Printed in Germany

ISBN 978-3-451-81807-3

# Inhalt

Vorbemerkung zur Taschenbuchausgabe . . . . .	9
25 Jahre, 25 Blicke auf unser Land . . . . .	11
1. Wir sind zu unserem Glück vereint Wir sind Deutschland. Wir sind Europa . . . . .	15
2. »Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf« Vom 17. Juni 1953 zum 18. März 1990 . . . . .	23
3. Was geht uns unsere Geschichte an? Historische Lektionen zweier Weltkriege . . . . .	32
4. »Eine gute Verfassung in schlechter Zeit« Vom Ehrgeiz und Scheitern der Weimarer Republik . . . . .	48
5. »Der Schein der Legalität« Die Selbstauflösung der Demokratie 1933 . . . . .	60
6. Das Trauma der europäischen Zivilisation Auschwitz und die Erfahrung des Holocaust . . . . .	71
7. Menschenrechte und Gewaltenteilung Das Grundgesetz zwischen Verfassungsanspruch und politischem Gestaltungsauftrag . . . . .	76

8.	Modernisierung und Restauration Am Anfang war Adenauer . . . . .	82
9.	Streit muss sein Der Deutsche Bundestag als Forum der Nation . . . . .	96
10.	Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus Von Wahlen und Abstimmungen, Parlamenten und Plebisziten . . . . .	109
11.	»Geistig öde, ethisch verlogen, ästhetisch roh« Vom Bild und Selbstbildnis der Parlamentarier in Deutschland . . . . .	116
12.	»Wo immer das Volk Anteil an der Regierung hat, da werden Parteien sein« Heinrich von Gagern und die Anfänge des deutschen Parlamentarismus . . . . .	124
13.	»Das ist einmal Mode, das bisschen Parlamentarismus« Eiserne Parlamentarier in Bismarcks Kanzlerherrschaft	134
14.	»Die Republik der Wichtiguer« Über Politik und Medien . . . . .	145
15.	»Der Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann« Über Politik und Religion . . . . .	157
16.	Kluge Hirten und eine aufgeklärte Herde Über Toleranz und Dialog, Reformation und Ökumene	170

17. Vom Guten, Wahren und Schönen. Und von der Demokratie Über Politik und Wissenschaft . . . . .	178
18. Von Werten und Preisen, <i>windfall-profits</i> und Flur- bereinigungen Über Politik und Kultur . . . . .	187
19. Macht und Ohnmacht. Alles nur Theater? Über Politik und Literatur . . . . .	197
20. Kapitalismus und Demokratie in Zeiten der Globalisierung Über Politik und Wirtschaft . . . . .	207
21. Zwischen Krieg und Frieden Über Politik und Militär . . . . .	220
22. Die Freiheit ist stark. Aber ist sie auch sicher? Vom Umgang der Politik mit dem Terrorismus . . . . .	234
23. Freundschaften sind ein Geschenk, auf das es keinen Anspruch gibt Frankreich, Polen und Israel . . . . .	247
24. Der Patriotismus einer Zivilgesellschaft Über Nation und Heimat, Sprache und Identität . . . . .	260
25. »Nichts, was zum Träumen anregt?« Zur inneren und äußeren Verfassung Europas . . . . .	271





## Vorbemerkung zur Taschenbuchausgabe

Diese jetzt auch als Taschenbuch herausgegebene Publikation ist die Fortschreibung einer Sammlung von Beiträgen zur deutschen Geschichte und Politik, die ich ursprünglich anlässlich des 20. Jahrestages der Deutschen Einheit unter dem Titel »Einigkeit. Und Recht. Und Freiheit« veröffentlicht habe. Zum 25. Jahrestag der Wiedervereinigung ist dieses Buch als überarbeitete und erweiterte Neuauflage mit einigen zusätzlichen Kapiteln erschienen, die Deutschlands Rolle in Europa im Kontext gemeinsamer historischer Erfahrungen reflektieren: 25 Blicke auf unser Land.

Ich widme auch diese Ausgabe, die im Umfeld von Wahlen zum neuen Deutschen Bundestag erscheint, vor allem der jungen Generation in unserem Land, die nie andere Verhältnisse erlebt hat als diejenigen, die wir heute in Europa haben, und diesen glücklichen und friedlichen Ausnahmezustand unserer Geschichte weder für normal noch für selbstverständlich halten sollte.



## 25 Jahre, 25 Blicke auf unser Land

»Die Mauer ist weg!« Ein einfacher Satz. Zu einfach. Die Unfassbarkeit dieses Satzes spiegelte sich 1989 in den Gesichtern der Menschen, die tatsächlich »unverzüglich« der Ankündigung des neuen Parteisekretärs für Informationswesen folgten und die Grenzübergänge in Berlin buchstäblich stürmten. Diese Bilder gingen um die Welt, und sie gingen unter die Haut: konsternierte Grenzer, tränenüberströmte Gesichter der Menschen, die das Glück dieser Stunden nicht fassen konnten, Trabi-Kolonnen, elektrisierte Reporter und Jubel, Jubel, Jubel.

Damals hat zweifellos ein neues Kapitel der deutschen wie der europäischen Geschichte begonnen. Die neue Architektur Europas kommt uns heute, ein Vierteljahrhundert nach der großen Zeitwende, fast selbstverständlich vor, nachdem wir diese Veränderung jahrzehntelang für völlig ausgeschlossen gehalten hatten.

Als die Berliner Mauer gebaut wurde, 28 Jahre zuvor, ging ich zur Schule. Ich gehörte zu der Nachkriegsgeneration, die das eigene Land nie anders als geteilt kennengelernt hatte: zwei deutsche Staaten, ideologisch und militärisch hochgerüstet, an der Front des sogenannten Kalten Krieges.

Wenn im Oktober dieses Jahres das wiedervereinte Deutschland seinen fünfundzwanzigsten Geburtstag feiert, ist die erste Generation längst erwachsen geworden, die nie andere Verhältnisse als diese erlebt hat: ein freies, geeintes, demokratisches Deutschland in einer europäischen Gemeinschaft, der

scheinbar selbstverständlich west-, mittel- und osteuropäische Staaten angehören, die durch vertragliche Vereinbarungen über gemeinsame Institutionen der Legislative, Exekutive und Judikative immer mehr eigene Angelegenheiten gemeinschaftlich regeln.

25 Jahre. Wie kurz und wie lang diese Zeitspanne ist, wird im Kontext von Biografien ebenso deutlich wie im Zeitmaß der Geschichte. Seit dem Fall der Mauer hat sich Europa stärker verändert als durch den Bau dieser monströsen Abriegelung zwischen Ost und West, obwohl beide Ereignisse Ausdruck politischer Entwicklungen sind, die weder nur in Deutschland stattgefunden haben noch allein auf unser Land beschränkt geblieben sind. Heute wissen wir aber auch, dass der Glaube, individuelle Freiheit, nationale Selbstbestimmung und territoriale Integrität seien in Europa nun unangefochten, sich inzwischen als eine gut gemeinte Illusion erwiesen hat.

Deutschland hatte seine Geschichte nie für sich allein. Von mehr Nachbarn als jedes andere europäische Land umgeben, war es von Veränderungen jenseits der eigenen Grenzen in ähnlicher Weise betroffen wie diese von wichtigen Entwicklungen in Deutschland. Diese Erfahrung ist keineswegs neu, sie markiert seit Jahrhunderten die europäische Geschichte.

Dieses Buch reflektiert die politische Bedeutung herausragender Ereignisse der jüngeren Geschichte. Seine Beiträge sind überwiegend aus Anlass von Jahrestagen entstanden, die besondere Gelegenheit boten, in Reden und Aufsätzen über Kontinuitäten und Brüche der deutschen Geschichte und über die Belastbarkeit der Institutionen nachzudenken, die die heutige politische Verfassung Deutschlands in Europa prägen.

Es sind nicht nur Verfassungen, die das politische und soziale Leben eines Landes bestimmen. Historische Entwicklungen, kulturelle Bindungen, wirtschaftliche Strukturen, technische

Innovationen, aber auch Traditionen und Gewohnheiten haben erheblichen Einfluss auf die tatsächlichen Verhältnisse sowie auf mögliche Veränderungen.

Die erste gesamtdeutsche Verfassung mit demokratisch-parlamentarischem Ehrgeiz ist in der Frankfurter Paulskirche 1848/49 entstanden. Sie wurde von einer Nationalversammlung gewählter Volksvertreter aus vielen kleinen und einigen größeren, mehr oder weniger selbstständigen deutschen Teilstaaten beraten und beschlossen – mit dem Ziel, Deutschland politisch zu einen und ihm eine demokratische Ordnung zu geben. Diese Verfassung ist nie in Kraft getreten. Mit der demonstrativen Zurückweisung der Kaiserwürde durch den preußischen König, der das von Volksvertretern ihm zugedachte Amt des Staatsoberhauptes eines Deutschen Reichs als Zumutung zurückwies, da ihm »der Ludergeruch der Revolution« anhafte, war der erste ernsthafte Versuch, Deutschland nicht durch Kriege, sondern durch Verträge beziehungsweise eine demokratisch legitimierte Verfassung in einem gemeinsamen Staat zu vereinigen, gescheitert, bevor er überhaupt begonnen hatte.

Das Deutsche Reich ist zwei Jahrzehnte später dennoch entstanden, auch unter preußischer Führung mit demonstrativer Kaiserkrönung im Spiegelsaal von Versailles, aber nicht durch Verträge oder Verfassung, sondern durch Kriege. Die deutsch-französische »Erzfeindschaft« war nicht der einzige, aber ein besonders hoher Preis der deutschen Einheit, der nicht nur die Beziehungen zwischen den beiden Nachbarländern auf Jahrzehnte nachhaltig belastet hat.

Am Ende des Ersten Weltkriegs, der in der Rivalität europäischer Nationalstaaten seine wesentliche Ursache hatte, war mit der militärischen Niederlage des Deutschen Reichs und der Ausrufung der Republik die nächste historische Chance

eines politischen Neuanfangs gegeben, der wiederum in einer Nationalversammlung nach demokratischen Wahlen, diesmal in Weimar – wieder nicht in Berlin – stattfand. Die dort beratene und verabschiedete Verfassung, die der ersten deutschen demokratischen Republik ihren Namen gab, hat nicht einmal vierzehn Jahre Bestand gehabt.

Die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten war die Selbstabdankung einer Demokratie und der Anfang vom Ende eines vereinten, demokratisch verfassten deutschen Staates.

Die glücklichsten Zeiten der deutschen Geschichte begannen ausgerechnet nach einem verheerenden Zweiten Weltkrieg, der von Deutschland ausgegangen war und das eigene Land besiegt, verwüstet, gedemütigt und geteilt zurückgelassen hatte. In den westlichen Besatzungszonen entstand mit der wohlwollenden Unterstützung der Siegermächte eine neue politische Ordnung, die den beispiellosen, weltweit bewunderten Wiederaufbau des Landes ermöglicht hat.

Mit den friedlichen Revolutionen und dem Mauerfall im Jahr 1989, der durch die Symbolkraft der Bilder wie des Ortes den Zerfall der alten Welt des Kalten Krieges und des Ost-West-Konflikts beschleunigte, wurde die glückliche Verbindung von Freiheit und Einheit in unserem Land vor 25 Jahren erreicht. Im »Glanze dieses Glückes«, das Hoffmann von Fallersleben schon Mitte des 19. Jahrhunderts in seinem »Deutschlandlied« beschworen hatte, blicken wir heute auf unseren Staat, unsere Geschichte, unsere Kultur – im Bewusstsein einer besonderen Verantwortung für die Vergangenheit und die gemeinsame Zukunft in Europa.

# 1. Wir sind zu unserem Glück vereint

Wir sind Deutschland. Wir sind Europa

»Wir sind Europa«: Mit diesem Titel sorgte ein Manifest prominenter Persönlichkeiten im Frühjahr 2012 für Aufsehen. Das erinnert – sicher nicht zufällig – an den legendären Ruf »Wir sind das Volk«.

Aus diesem Selbstbewusstsein wuchs damals ein freies, vereintes, demokratisches Deutschland. Mutige Bürger rissen 1989 die Mauer nieder, stürzten eine Diktatur. Unterstützt und mitgetragen von Freunden und Partnern in Europa, ebneten die damals politisch Verantwortlichen entschlossen und zugleich besonnen den Weg zur deutschen Einheit. Seit dem 3. Oktober 1990 gestalten wir sie gemeinsam, Menschen in Ost und West, Frauen und Männer, hier Geborene und Zugezogene. Sicher, manches bleibt noch zu tun, aber die Erfolge und Errungenschaften der deutschen Einheit sind deutlich sichtbar. Sie werden von unseren Nachbarn und vielen Beobachtern in der ganzen Welt meist stärker wahrgenommen und gewürdigt als hierzulande.

In Europa müssen wir heute keine Mauern mehr zum Einsturz bringen, aber um Europa zu vereinen, braucht es wiederum besonnene und weitsichtige Politik – und Bürgerinnen und Bürger, die sich für die gemeinsame Idee Europa engagieren.

»Wir sind das Volk«, schrieb Ferdinand Freiligrath in seinem Gedicht »Trotz alledem« 1848 in den Tagen der Deutschen Revolution, die weder Demokratie noch nationale Einheit herbeiführten. »Wir sind ein Volk«, heißt es seit dem



3. Oktober 1990. Dazwischen liegen anderthalb Jahrhunderte schwieriger deutscher Geschichte im Ringen um Einigkeit und Recht und Freiheit. Auch die glücklichsten Momente der deutschen Nachkriegsgeschichte, der Fall der Mauer und die deutsche Einheit, haben eine europäische Dimension. Ohne die Überwindung der Spaltung Europas wäre die deutsche Einheit nicht möglich gewesen. Die Wiederherstellung der staatlichen Einheit unseres Landes war umgekehrt Voraussetzung für das Zusammenwachsen Europas in einer Union west-, mittel- und osteuropäischer Staaten. »Wir sind zu unserem Glück vereint« – so haben die Staats- und Regierungschefs das neue Europa in der »Berliner Erklärung« aus Anlass des 50. Jahrestages der Römischen Verträge beschrieben.

Deutschland – Europa: Das sind schon lange keine Gegensätze mehr. Es sind zwei Betrachtungen des gleichen Sachverhalts. Wir sind deutsche Europäer, der Zusammenführung Europas nicht weniger verpflichtet als der Einheit unseres Landes. Das eine erscheint uns heute – gut zwei Jahrzehnte nach den umwälzenden Ereignissen – noch selbstverständlicher als das andere. Der Zusammenhang ist aber nicht nur von historischem Interesse, sondern auch von aktueller politischer Bedeutung. Die Weiterentwicklung Europas liegt im deutschen Interesse. Das ist im Allgemeinen kaum umstritten, im Alltag aber durchaus nicht immer präsent.

Wir sind Europa! Was aber ist das? Wim Wenders, ein deutscher Regisseur, der in den USA arbeitet, dessen filmische Handschrift unverkennbar europäische Züge trägt, wurde mit dem Satz zitiert: »Aus der europäischen Idee ist die Verwaltung geworden, und jetzt denken die Menschen, dass die Verwaltung die Idee ist«

Das ist klug beobachtet, die Schlussfolgerung liegt nahe. Wir dürfen die Mittel, mit denen wir die EU gestalten, nicht

mit den Zielen verwechseln. Europa ist mehr als eine Verwaltung, mehr als die – im Übrigen oft zu Unrecht – viel gescholtene Bürokratie, mehr als Richtlinien und mehr als Verträge. Und es ist auch mehr als der Euro. Sicher, wer heute Meldungen über Europa verfolgt, muss den Eindruck gewinnen: Es geht meist um Geld, scheinbar nur um Geld, jedenfalls immer wieder um immer mehr Geld, um Schulden und ihre Tilgung, um Schuldenschnitte und ihren Umfang. Und es geht um immer wieder neue, endlose Verhandlungen, die – kaum beendet – mit erhöhtem Einsatz wieder aufgenommen werden müssen.

Aber wurde nicht auch die Deutsche Einheit, nachdem sie mit Freudentränen zustande gekommen war, immer wieder und viel zu oft verkürzt auf ökonomische Fragen? Im Blick auf die Solidität der Finanzen darf die Solidarität nicht unter die Räder geraten. Und umgekehrt: Die Bereitschaft zur Solidarität bleibt ohne Wirkung, wenn sie nicht mit dem Willen zur soliden Nutzung unserer Möglichkeiten verbunden ist. An beiden Einsichten führt kein Weg vorbei.

Die D-Mark war die starke Währung eines vermeintlichen Wirtschaftswunderlandes, aber sie war nicht Deutschland – und der Euro, die europäische Währung, ist nicht Europa. Sie ist ein wesentliches, unverzichtbares Mittel auf dem Weg zu einer politisch wie ökonomisch integrierten Union. Aber sie ist nicht ihr Kern – und schon gar nicht kann sie die gemeinsamen Werte und Überzeugungen, die gemeinsamen historischen Erfahrungen und den aus zwei Weltkriegen wirksam gewordenen Willen zu einer gemeinsamen Zukunft ersetzen.

»Europa eine Seele geben«, so hat Jacques Delors, der große französische Kommissionspräsident, die eigentliche Herausforderung der europäischen Staatengemeinschaft beschrieben.

Unser Verständnis Europas ist das Verständnis einer großen Idee, einer Vorstellung vom Menschen, seiner Würde, seiner Freiheit und seines Anspruchs auf Selbstbestimmung – eben von all dem, wofür vor über zwei Jahrzehnten Deutsche in einem Teil unseres Landes noch mutig aufbegehren mussten.

»Wir sind Deutschland«: Bayern und Brandenburger, Franken und Friesen, Rheinländer und Westfalen, Thüringer und Pfälzer, Hessen und Württemberger: Jede Landsmannschaft hat ihre Geschichte, ihre Identität, hat besondere Talente und beachtlichen Tatendrang. Manchmal muss man daran erinnern, was doch eigentlich alle ganz genau wissen: Zusammen sind sie stärker als jeder für sich allein, erst zusammen bilden sie Deutschland. Vierzig Jahre einer Teilung, 28 Jahre einer menschenverachtenden Mauer, die das Land, Gemeinden, Familien trennte, konnten nicht das Gefühl außer Kraft setzen zusammenzugehören. Am 3. Oktober 1990 war allen bewusst, was heute – zum Glück – als schiere Selbstverständlichkeit gilt: Gemeinsam können wir mehr aus unseren Möglichkeiten machen, frei und einig durch eine Verfassung, die das Recht garantiert, Parlamente und Regierungen zu wählen und abzuwählen und so das eigene Schicksal selbst zu bestimmen. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, zu welcher beispiellosen gelebter Solidarität wir Deutschen fähig sind. Diese Erfolgsgeschichte des Zusammenwachsens ist auch eine Botschaft für Europa.

Bei allen Schwierigkeiten, die es zweifellos gibt, kann und sollte uns ermutigen, was wir Deutschen seit dem 3. Oktober 1990 in unserem Land gemeinsam erreicht haben – nicht nur aus eigener Kraft, auch mit großen Förderhilfen der EU. Damals lagen – bei aller Freude über die Deutsche Einheit – gewaltige Aufgaben vor uns. Es gab keinen vorgegebenen Weg, dem wir einfach hätten folgen können.

Wir mussten ihn selbst suchen und finden und dabei manche Zweifel und viele Hindernisse überwinden. Auch heute kann niemand sicher wissen, welche Lösung in Europa die richtige ist. Aber es spricht weder gegen die Regierung noch gegen das Parlament, nicht gegen die Koalition und schon gar nicht gegen die Opposition, dass die schweren, schwierigen und oft unpopulären Entscheidungen solidarischer Unterstützung von Mitgliedstaaten im Euro-Krisenmanagement, wie in der Reaktion auf den militärischen Konflikt zwischen Russland und der Ukraine, im Deutschen Bundestag regelmäßig mit großer Mehrheit über die Fraktionsgrenzen hinweg beschlossen worden sind.

Die Finanzkrise ist im Übrigen nicht wie eine Naturkatastrophe über uns hereingebrochen. Zur Wahrheit gehört, woran nicht nur Verfassungsrichter in den letzten Monaten mehrmals erinnert haben: Hätten die Mitgliedstaaten sich immer an das gemeinsame Recht gehalten, gäbe es diese europäische Krise nicht. Auch deshalb muss das Recht, die Einhaltung gesetzlicher und vertraglicher Verpflichtungen, wieder Vorrang vor ökonomischen Kalkülen haben. Es ist jedenfalls im Umgang mit den derzeitigen Herausforderungen allemal eher hinzunehmen, dass die Erwartungen der Märkte durch unsere Rechtsordnung und unsere demokratischen Verfahren enttäuscht werden, als dass umgekehrt die Erwartungen an unsere Rechtsordnung durch eine Verselbstständigung der Finanzmärkte leerlaufen. Für die Bürger muss nachvollziehbar und transparent bleiben, was und warum etwas geschieht. Auch deshalb ist es wichtig, dass die nationalen Parlamente bei der Bewältigung der Krise ihre verfassungsmäßigen Aufgaben wahrnehmen. Dass der Deutsche Bundestag in der rechtsverbindlichen Gestaltung europäischer Angelegenheiten in den vergangenen Monaten entgegen einer weitverbreiteten Ver-

mutung nicht an Bedeutung verloren, sondern an gesetzlich fixierten Mitwirkungsrechten erheblich gewonnen hat, schwächt die Regierung nicht; es stärkt sie vielmehr in ihrer Verhandlungsposition. Vor allem fördert es die Akzeptanz in der Bevölkerung für das, was getan werden muss, und es stärkt die Zustimmung zu Europa.

Und für das Verhältnis eines in vollem Umfang politisch gleichberechtigten Europäischen Parlaments zu den anderen europäischen Institutionen gilt dies in gleicher Weise.

Da wir alle bei selbstkritischer Betrachtung gelegentlich unfreiwillig selbst zu dem Eindruck beitragen, es ginge in Europa um nichts anderes als die Lösung finanzieller Probleme, sollten wir als deutsche Europäer das Bewusstsein dafür stärken, was die Europäische Gemeinschaft in einer globalisierten Welt bedeutet: Sie ist der historisch einzigartige, beispiellose und zugleich beispielhafte Weg ihrer Mitgliedstaaten, nationale Souveränitätsrechte zu übertragen – mit dem Ziel, ihre Souveränität zu wahren, die in Zeiten der Globalisierung nur gemeinsam mit Erfolg geltend gemacht werden kann. Dieser Prozess der Abtretung nationaler Souveränitätsrechte an europäische Gremien war notwendig, und er war gewollt, im Übrigen von keinem anderen Land früher und konsequenter als von Deutschland. Und er ist getragen von der Einsicht, dass in der Welt von heute nationale Souveränität an den Realitäten scheitern muss. Mit anderen Worten: Wir tauschen zunehmend nationale Souveränität, die unter gründlich veränderten Kräfteverhältnissen politisch wie ökonomisch verloren geht, gegen den Selbstbehauptungswillen einer Staatengemeinschaft, die gemeinsam die Kraft entfalten kann und soll, zu der die Nationalstaaten allein nicht mehr – jedenfalls nicht mehr in der gewohnten und gewünschten Weise – in der Lage sind. Gemeinsam sind wir stärker!

Der Ruf »Wir sind ein Volk« leitete 1989/90 eine Entwicklung ein, die historisch gesehen scheinbar alternativlos auf das Ziel der Deutschen Einheit zusteuerte, politisch aber zur Umsetzung des mutigen Engagements der Bürger und des Weitblicks der damals politisch Verantwortlichen bedurfte. Heute gibt es keine vernünftige Alternative zu Europa, aber durchaus Alternativen zu dem Europa, wie wir es kennen: In seinen gegenwärtigen Grenzen, seinen gegenwärtigen Zuständigkeiten, seinen Institutionen, Gremien, Richtlinien und Regelungen. Wir brauchen eine breite und gründliche Diskussion darüber, in welchem Europa wir in Zukunft leben wollen. Die Europäische Union ist kein Staat, sie ist eine Gemeinschaft von Staaten, die nach den vertraglichen Vereinbarungen ihrer Mitglieder immer mehr staatliche Aufgaben wahrnimmt. Dieses Modell gab es bisher nirgendwo. Wir bauen sozusagen den Prototyp. Erstaunlich ist nicht, dass es dabei Probleme gibt. Entscheidend ist, dass wir sie lösen können.

Die Europäische Union bleibt gewiss hinter manchen Ansprüchen zurück, die uns aus der Praxis demokratisch verfasseter Nationalstaaten vertraut sind. Aber wahr ist auch, dass es keine andere Staatengemeinschaft oder internationale Organisation gibt, die eine vergleichbare oder gar höhere demokratische Legitimation ihrer Organe und deren Entscheidungen aufweist als die Europäische Union. Auch deshalb ist es politisch wie juristisch gerechtfertigt und geboten, dass unser Grundgesetz die Bundesrepublik Deutschland nicht nur für den europäischen Integrationsprozess öffnet, sondern sich dem Ziel verpflichtet, »als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden in der Welt zu dienen«.

Dieses Bekenntnis des Grundgesetzes darf man nicht nur als Legitimation eines weiteren europäischen Integrationspro-

zesses werten, es muss als historisch begründete, politisch bewusste Selbstverpflichtung unseres Landes für eine gemeinsame Zukunft mit allen unseren Nachbarn und Partnern in Europa verstanden werden.

Wer nicht auf der Stelle treten will, hat zwei Alternativen: vorwärts oder rückwärts. Dies gilt für Deutschland wie für Europa. Wenn der Integrationsprozess Europas nicht weiter vorankommt, weil uns der Mut verlässt, weil uns die falsche Einschätzung der eigenen Interessen und der Notwendigkeit, diese Interessen zu bündeln, um sie überhaupt wahrnehmen zu können, daran hindert, im 21. Jahrhundert weiter nach vorn zu marschieren, statt jeweils einzeln zurück ins 19. Jahrhundert, dann hätte Europa seine Zukunft hinter sich. Und jeder einzelne Staat ganz gewiss. Es wäre die mutlose und zugleich übermütige Wiederherstellung eines Zustands, den dieser Kontinent mit dem Beginn des Baus der Gemeinschaft hinter sich lassen wollte: die Rivalität von Nationalstaaten, deren Ehrgeiz größer war als ihre Möglichkeiten. Wir brauchen aber ein Europa, dessen Möglichkeiten über den Ehrgeiz seiner Mitgliedstaaten hinausreicht: ein Europa selbstbewusster Bürger, ein Europa, das eindeutig und unerschütterlich für die eigenen Werte eintritt.

## 2. »Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf!«

Vom 17. Juni 1953 zum 18. März 1990

»Den Sozialismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf!«, hatte Erich Honecker noch Anfang Oktober 1989 anlässlich der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR gesagt. Vier Wochen später fiel die Mauer, weniger als ein halbes Jahr danach war die kommunistische Regierung durch freie Wahlen gestürzt, ein Jahr später der Staat aufgelöst: Die DDR hatte sich durch Beitritt zum Geltungsbereich des Grundgesetzes mit der Bundesrepublik Deutschland vereinigt. Es waren nicht Ochs und Esel, es waren die Menschen, die den Sozialismus 1989 nicht nur aufhielten, sondern ihn ersetzten: durch die Freiheit. Der Kampf für Einigkeit und Recht und Freiheit war endlich vom Erfolg gekrönt, begonnen hatte er viel früher.

Um die Freiheit ging es den Menschen auch am 17. Juni 1953. Der Tag gehört deshalb zu den herausragenden Daten der jüngeren deutschen Geschichte. In der Begründung zu dem Bundesgesetz, das den 17. Juni noch im selben Jahr zum gesetzlichen Feiertag bestimmt hat, heißt es: »Am 17. Juni 1953 hat sich das deutsche Volk in der sowjetischen Besatzungszone und in Ost-Berlin gegen die kommunistische Gewaltherrschaft erhoben und unter schweren Opfern seinen Willen zur Freiheit bekundet. Der 17. Juni ist dadurch zum Symbol der deutschen Einheit in Freiheit geworden.«

Die Geschichte des 17. Juni 1953 ist, für sich betrachtet, die Geschichte einer Niederlage. An jenen Tagen Mitte Juni 1953 haben in der DDR Hunderttausende Menschen – die Schätzungen reichen von 400 000 bis zu 1,5 Millionen – erstmals



den Fuß in die Tür zur Freiheit gestellt. Das Regime hat diese Tür jedoch wieder zugeschlagen – nicht nur in Berlin, sondern auch in Rostock, Schwerin, Frankfurt/Oder, Magdeburg, Cottbus, Halle, Erfurt, Dresden, Chemnitz und anderen Orten, an denen die Menschen auf die Straße gingen.

Mit welcher Gnadenlosigkeit und Menschenverachtung dies geschah, zeigt das Beispiel des Autoschlossers Alfred Diener in Jena. Der damals gerade 26-Jährige war dabei, als der SED-Kreisleitung die Forderungen der 20 000 Demonstranten auf dem Holzmarkt vorgetragen wurden. Er wurde noch am Nachmittag des 17. Juni verhaftet und am Morgen des 18. Juni durch ein sowjetisches Militärtribunal zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde sofort vollstreckt. Alfred Diener hatte am 19. Juni 1953 heiraten wollen. Er hinterließ neben seiner Verlobten seinen sechs Monate alten Sohn. Andere Demonstranten wurden auf offener Straße erschossen, für Jahre inhaftiert oder bezahlten mit Diskriminierung für ihren Widerstand.

Der Aufstand der Menschen in der DDR war brutal niedergeschlagen worden, und doch waren die Erhebungen von 1953 in der Rückschau der Beginn eines letztlich erfolgreichen Kampfes für die Freiheit. Fritz Stern, der als Junge mit seiner deutsch-jüdischen Familie 1938 aus Breslau vertriebene amerikanische Historiker, sagte in seiner Rede zur Gedenksitzung des Deutschen Bundestags am 17. Juni 1987, also zwei Jahre vor dem Fall der Mauer: »Aus der heutigen Sicht kann man sehen, dass die damaligen Kämpfer mehr erreicht haben – sowohl Erstrebtes wie Ungeahntes –, als man nach ihrer Niederlage vor sowjetischen Panzern hätte erwarten können. Der 17. Juni wurde zu einem Vorboten von Aufständen und Reformen: Die Menschen der Nachbarländer der DDR, die Polen, die Ungarn, die Tschechen, haben auf ihre eigene großartige Weise versucht,

ihre Forderungen durchzusetzen ... Der 17. Juni hat einen Prozess eingeleitet, in dem immer erneute Forderungen Reformen erzwungen haben.«

Viele Menschen in Westdeutschland werden den 17. Juni allerdings vor allem als arbeitsfreien Tag in Erinnerung haben, weniger als einen nationalen Gedenktag, vielmehr als einen Ausflugs- tag bei häufig schönem Wetter. Und wenn wir ehrlich sind, war das Gedenken an den 17. Juni 1953 in der alten Bundesrepublik für viele eher ein Ritual und in der früheren DDR, wie die Bundeskanzlerin es einmal knapp formulierte, ein »Untag« – vermutlich bei jedem Wetter.

Seit der Wiedervereinigung haben wir die Möglichkeit, ein gemeinsames Verständnis des 17. Juni als eines nationalen wie eines europäischen Gedenktags in Ost und West zu entwickeln, ein Verständnis, das unser Gedenken an diesen Tag als Teil des Erinnerns der europäischen Freiheits- und Einheitsgeschichte des 20. Jahrhunderts ansieht. Der Fall der Mauer 1989 war nicht der Anfang, sondern der glückliche Abschluss einer Entwicklung, die viele Jahre früher begonnen und nicht nur in Deutschland, sondern fast überall in Mittel- und Osteuropa stattgefunden hat.

An die polnischen Verdienste um Freiheit und um die Einheit Deutschlands und Europas erinnert ein Mauerstück der ehemaligen Danziger Lenin-Werft an der Ostfassade des Reichstagsgebäudes auf dem Friedrich-Ebert-Platz. Es handelt sich um einen Teil jener Mauer, über die Lech Wałęsa am 14. August 1980 sprang, um den Streik zu organisieren, der zur Gründung der Solidarność-Gewerkschaft führte. »Zur Erinnerung an den Kampf der Solidarność für Freiheit und Demokratie und an den Beitrag Polens zur deutschen Wiedervereinigung und für ein politisch geeintes Europa«, so lautet der Text der an dieser Mauer angebrachten Bronzetafel. Sie ist ein

Zeichen der Erinnerung an eine oft nicht einfache, nicht immer glückliche, aber jedenfalls gemeinsame Geschichte unserer beiden Länder, die – in der Formulierung des unvergessenen großen polnischen Papstes Johannes Paul II. – »der Wille Gottes zu Nachbarn gemacht hat«.

Schon seit geraumer Zeit erinnert eine andere Gedenktafel an die Freundschaft zwischen Deutschland und Ungarn und die souveräne Entscheidung eines damals nicht gänzlich souveränen Landes zur Öffnung der Grenze zwischen Ungarn und Österreich und die damit verbundene Entwicklung zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und Europas.

Es führt kein gerader Weg vom 17. Juni 1953 zum 3. Oktober 1990. Aber der Umweg über Budapest 1956, Prag 1968, Danzig 1980 zurück nach Berlin beschreibt die innere Logik der jüngeren Geschichte Europas: der Verlust der Freiheit war verbunden mit der Teilung Deutschlands und Europas, die nur im gemeinsamen Kampf für die Wiederherstellung der Freiheit zu überwinden war.

Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg waren die ersten und einzigen freien Wahlen zur Volkskammer der DDR am 18. März 1990. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) hatte vierzig Jahre keine freie und geheime Abstimmung zugelassen, mit Einheitslisten die Bürger in Wahlen ohne Auswahl zum bloßen »Zettelfalten« degradiert. Der Wahlausgang war das Ergebnis dreier Fälschungen, die die Menschen schließlich nicht mehr hinnehmen wollten. »Wer Wahlergebnisse vorfertigt oder verfälscht, oder vorgefertigte oder verfälschte in Umlauf bringt, wird mit einer AUSREISEQUOTE nicht unter 50 000, mit einer BOTSCHAFTSBESETZUNG nicht unter 3 Monaten und einer PROTESTDEMONSTRATION [...] nicht unter 10 000 Teilnehmern bestraft«, hieß es in einem Aufruf zu einer Demonstration im November 1989.

Statt der propagierten Identität von Herrschern und Beherrschten hatten bereits im Mai 1989 einzelne Bürger vor aller Augen den Bruch zwischen Partei und Volk offengelegt. Sie machten Wahlbehinderung, Wahlbeeinflussung und Wahlfälschung öffentlich. Diese heute zu Unrecht weitgehend Vergessenen nahmen Drangsalierungen in Kauf, sie riskierten, abgehört, beobachtet und unter Druck gesetzt zu werden. Der Protest gegen die letzten gefälschten DDR-Wahlen schlug einen Funken, der im Herbst des gleichen Jahres Massenproteste entzündete. Nun waren es nicht mehr wenige, auch nicht die angedrohten 10 000, sondern am Ende Hunderttausende, die sich gegen die Missachtung elementarer Bürger- und Menschenrechte in der DDR zur Wehr setzten. Sie forderten: »Freie Wahlen – wahre Zahlen!« Das mutige Engagement einer Minderheit ermöglichte am Ende der Mehrheit, ihre eigene Stimme zu finden – und am 18. März 1990 in wirklich freien, allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlen an die Urnen zu tragen.

Die autoritäre Führung dieser deutschen, aber nicht demokratischen Republik baute auf Bevormundung und Unterdrückung, auf häufig erzwungene Teilnahme, sie gewährte aber keine echte Teilhabe, schon gar keinen ernsthaften politischen Einfluss. Das galt auch für ein Parlament, das kaum zusammentrat, und wenn doch, die Abgeordneten zu bloßen Statisten unter Regie der Einheitspartei machte. Die DDR-Zeitschrift *Staat und Recht* urteilte 1978 über die Volkskammer, dieses vermeintlich »oberste staatliche Machtorgan der DDR« sei nicht mit den Maßstäben bürgerlichen Parlamentarismus messbar und bewertbar. Das ist wohl wahr. Die selbst beanspruchten demokratischen Grundsätze machen eine Bewertung dagegen durchaus möglich: Die Verfassungstheorie versprach die zentrale Rolle der Volkskammer; die politische